



In dieser Ausgabe:

Wie vielfältig Städte und Gemeinden ihre Einwohner:innen beteiligen

Bürger:innenräte sind nicht das einzige Mittel für Kommunen, um Einwohner:innen bei der sozial-ökologischen Transformation mit- und Impulse aus der Gesellschaft aufzunehmen. Wie lässt sich das politische Versprechen von Partizipation und Mitgestaltung vor Ort einlösen? Julia Plessing berichtet über verschiedene Ansätze aus Deutschland und Frankreich.

➔ Zum Lesen S. 2

Suffizienz: Besser als ihr Ruf?

Trotz zunehmendem Gegenwind zeigen Umfragen und die Empfehlungen von Bürger:innenräten eine breite Unterstützung der Bevölkerung für ambitionierte Klimapolitik, insbesondere in Bezug auf Suffizienz. Die Voraussetzung: Klimapolitik muss gerecht gemacht werden. Eine Analyse von Marion Davenas.

➔ Zum Lesen S. 5

Finanzielle Beteiligung als Hebel der Energiewende

Was haben der französische Gemeindeverband Mages Communauté und die deutschen Gemeinden Hoort und Dassow gemeinsam? Sie alle haben auf Bürgerwindparks gesetzt. Ihre Erfahrungen zeigen, wie der Ausbau erneuerbarer Energie zur lokalen Wertschöpfung beitragen kann und warum es dafür eine förderliche Gesetzgebung braucht. Robin Denz hat sich in beiden Ländern umgeschaut.

➔ Zum Lesen S. 8

Wie sieht eine gerechte Energiewende aus Sicht der Bürger:innen aus?

Wie erleben Bürgerinnen und Bürger in Europa Energiewende und Klimawandel? Ein Expert:innen-Netzwerk hat dies in einer Umfrage mit über 10 000 Teilnehmenden aus elf Ländern ermittelt. Marie-Cécile Milliat wirft einen Blick auf die Ergebnisse.

➔ Zum Lesen S. 10

Bürger:innenbeteiligung

Bei den Bundestagswahlen hatte der Klimawandel keine Priorität. Gerät das Thema bei den Menschen aus dem Blick? Wenn es wirklich ernst wird mit dem Klimaschutz, ziehen die Bürger:innen nicht mehr mit. Dieses Narrativ durchzieht in den letzten Monaten Medien und politische Diskussionen. Dem möchten wir mit diesem Newsletter entgegensetzen: **Es kommt darauf an, wie man's macht!** Und es gibt Städte und Gemeinden, die machen es richtig gut. Wir zeigen Ihnen, wie Kritik an Windrädern oder Suffizienzmaßnahmen konstruktiv verhandelt werden kann. Und wie es Gemeinden schaffen, durch finanzielle Beteiligung Einwohner:innen ins Boot zu holen. Unser Fazit: Mit den Bürger:innen geht es besser!

Bonne lecture ! – Viel Spaß bei der Lektüre!

Interview mit Prof. Dr. Christina von Haaren

„Wir wollen Karten sehen!“



Prof. Dr. Christina von Haaren entwickelte ein Tool, mit dem Bürger:innen die Planung ihrer Energieinfrastruktur simulieren können. | Foto: LUH/Julian Martitz

Wie viel erneuerbare Energie kann Deutschland produzieren? Prof. Dr. Christina von Haaren beriet dazu das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz und entwickelte ein Tool, mit dem Bürger:innen den Bau von Solaranlagen und Windrädern in ihrer Nachbarschaft simulieren können. Das verhilft nicht nur zu mehr Akzeptanz, sondern kann auch politisch extremen Tendenzen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Im Gespräch mit Robin Denz erklärt sie warum.

➔ Zum Lesen S. 12

Wie vielfältig Städte und Gemeinden ihre Einwohner:innen beteiligen

Beispiele aus Deutschland und Frankreich

Bürger:innenräte sind nicht das einzige Mittel für Kommunen, um Einwohner:innen bei der sozial-ökologischen Transformation mit- und Impulse aus der Gesellschaft aufzunehmen. Wie lässt sich das politische Versprechen von Partizipation und Mitgestaltung vor Ort einlösen? Julia Plessing berichtet über verschiedene Ansätze aus Deutschland und Frankreich.



Musiker spielen auf einem Markt in Loos-en-Gohelle. | Foto: Loos-en-Gohelle (CC BY-SA 2.0 Deed)

17.02.2025

Von Dr. Julia Plessing

Übersetzt ins Französische von Marion Davenas und Marie Millot-Courtois

2023 waren 93 Prozent der Europäer:innen der Ansicht, dass der Klimawandel ein ernstes Problem für die Welt ist (Eurobarometer 2023). Und dennoch gewinnen Parteien, die Klimaschutzmaßnahmen abbauen wollen, an stetigem Zuspruch. Die Komplexität der Herausforderungen unserer Gesellschaften, nicht zuletzt der fortschreitende Klimawandel, und der Umgang damit werden immer schwieriger zu vermitteln. Inzwischen gehen Studien von einer „gemeinsamen Frontstellung gegen eine Klima- und Transformationspolitik, die als sozial unausgewogen, übereilt und ideologiegetrieben wahrgenommen wird“ aus (Eversberg et al. 2024).

Die lokale Ebene ist oftmals der Ort, an dem Konflikte insbesondere rund um die Energiewende am offensichtlichsten ausgetragen werden. Doch sind Kommunen auch der Ort, an dem Konflikte gelöst und gemeinsame Zukunftsvisionen entwickelt werden können. Kommunen können Einwohnende bei der sozial-ökologischen Transformation mitnehmen und gleichzeitig Impulse aus der (Zivil-) Gesellschaft aufnehmen. Doch wie gelingt es ihnen, das politische Versprechen von Partizipation und Mitgestaltung einzulösen?

Die repräsentative Demokratie reicht dazu erfahrungsgemäß nicht aus. Denn es geht beim sozial-ökologischen Umbau nicht nur um das *Was*, sondern auch um das *Wie*, und lokale Regierungen können zumeist nicht auf den nächsten Gang zur Urne warten, um ein Projekt von Bürger:innen absegnen zu lassen. Dazu braucht es auch zwischen den Wahlen eine Kooperation mit Einwohnenden.

Bürger:innenräte werden als zeitgemäße Ergänzung der repräsentativen Demokratie beworben. Sie bestehen aus heterogen zusammengesetzten Gruppen von Bürger:innen, die gemeinsam Lösungen für

politische Probleme, so zum Beispiel zu Nachhaltigkeitsfragen, suchen und diese den Stadt- und Gemeinderäten vorlegen. Sie sind ein vielversprechendes Instrument, welches vielerorts in Erprobung ist.

Das Deutsch-Französische Zukunftswerk ist jedoch in seiner Arbeit zur Energiewende auf lokaler Ebene in Deutschland und Frankreich immer wieder auf Kommunen gestoßen, die auf vielfältige andere Weisen beteiligungsorientiert arbeiten und ihre Einwohnenden in die Energiewende einbinden.

Finanzielle Beteiligungskonzepte

Die ländliche Gemeinde Hoort in Mecklenburg-Vorpommern konnte durch finanzielle Beteiligung seine Einwohner:innen vom Projekt eines Windparks überzeugen, der 2020 in Betrieb ging. Das Besondere an diesem Projekt: Vier der sechzehn Windräder wurden von der ortsansässigen *Windpark Hoort 2 GmbH & Co. KG* gekauft. Diese gehört knapp zur Hälfte der Gemeinde Hoort, den Rest der Anteile halten Hoorter Bürger:innen sowie Umlandgemeinden und der lokale Energieversorger. Die Gemeinde konnte so durch die Gewinnausschüttungen und Pachteinahmen ihren Haushalt sanieren und für die nächsten 20 Jahre sichern. Die Einnahmen fließen zum Beispiel in die Renovierung des Gemeindezentrums oder in den Betrieb der örtlichen Kindertagesstätte. Bei den Bürger:innen vor Ort führt dies zu einer hohen Identifikation mit „ihrem“ Windpark.

Information und Transparenz

Die Stadt Tamm im Landkreis Ludwigsburg hat im Schnelltempo ein klimaneutrales Wärmenetz aufgebaut, das seit Anfang 2024 erste Einwohner:innen mit bezahlbarer Wärme versorgt. Bis 2030 soll der gesamte alte Ortskern mit dem Netz verbunden und die Erzeugungsanlagen errichtet werden. Neben dem Tempo in der Umsetzung ist Tamm ebenso ein inspirierendes Beispiel dafür, wie eine Gemeinde ihre Bevölkerung aktiv in die Wärmewende einbeziehen kann. Durch kontinuierliche Informationsarbeit und ohne Anschlusszwang erreichte sie eine 80-prozentige Anschlussrate der Anwohner:innen an das neu gebaute Wärmenetz. Dies gelang ihr durch eine umfassende Informationspolitik. So finden seit Dezember 2021 Online-Veranstaltungen für alle Anwohner:innen und Interessierte statt. Zu Projektbeginn wurde auf der Tammer Internetseite ein Bautagebuch mit aktuellen Fotos von der Baustelle eingerichtet und die Ausbauplanung detailliert vorgestellt. Weitere Informationsformate umfassen Wochenmarktstände, Informationsflyer, den direkten Austausch mit Eigentümer:innen und Mieter:innen an der geplanten Ausbautrasse sowie persönliche Beratungsgespräche bei der Energieagentur LEA. Zusätzlich werden alle an einen Bauabschnitt angrenzenden Haushalte vor Baubeginn per Postwurfsendung und bei Vollsperrungen über eine Anzeige im Amtsblatt informiert. Diese Politik kann die Stadt auch deshalb verfolgen, da sie im April 2023 ein Klimaschutzamt mit drei Mitarbeitenden einrichtete, zu deren Aufgaben unter anderem der Ausbau der erneuerbaren Energien gehört.

Partizipative Kulturarbeit

Die ehemalige Bergbaustadt Loos-en-Gohelle hat sich durch partizipative Kulturarbeit von einer vom Bergbau geprägten zu einer nachhaltigen Vorzeigestadt entwickelt. Bereits seit Anfang der 90er-Jahre gestalten Looser Bürger:innen das jährliche Kulturfestival „Les Gohéliades“. Gleichzeitig setzte die Stadt auf eine narrative Methode: *la mise en récit*. Durch gemeinsames Erzählen auf dem Festival und in vielen anderen Formaten erzählen sich Einwohner:innen ihre Geschichten und Biographien. Was hat das mit der Energiewende zu tun? Durch diese Maßnahmen konnten die Bewohner:innen zunächst um die gemeinsame Bergbauvergangenheit trauern, um dann ebenso gemeinsam in die Zukunft zu blicken. Auf dieser Basis entwickelt die Kommune gemeinsam mit der Bevölkerung nachhaltige Projekte, vom biologischen Gemüseanbau bis zur Installation von Photovoltaikanlagen. So ist sie unter dem Motto „du noir au vert“ (zu Deutsch *von schwarz zu grün*) zur Pilotstadt der nachhaltigen Entwicklung geworden.

Die hier beschriebenen Beispiele zeigen, dass Kommunen auf ganz unterschiedliche Arten und Weisen ihre Bevölkerung am sozial-ökologischen Umbau beteiligen können. Ob durch Information, finanzielle Beteiligung oder langfristige beteiligungsorientierte Kulturarbeit. Es gibt hier keine Blaupause. Wenn Einwohnende sich ernst genommen fühlen, sich aktiv einbringen oder gar finanziell profitieren können, dann entsteht bei ihnen auch größeres Verständnis für die lokale Energiewende. Die kommunale Ebene muss aufgrund ihrer

Nähe zu den Bürger:innen daher als ein wesentliches Wirkungsfeld eines neuen sozial-ökologischen Vertrags begriffen werden.

Alle Beispiele verdeutlichen jedoch auch, dass eine beteiligungsorientierte sozial-ökologische Transformation langfristiges Engagement, Professionalität und Ressourcen braucht. Die jetzige politische Lage zeigt: Die Einbeziehung von Bürger:innen ist kein „nice to have“. Sie ist essenziell, wenn wir eine Transformation schaffen wollen, die gleichermaßen ökologisch und sozial ist.

Lektüreempfehlungen

- Eine ausführlichere Fassung dieses Artikels wird im DFI Frankreich Jahrbuch 2024, welches im Frühjahr 2025 erscheint, veröffentlicht
 - *Eversberg, Dennis et al. (2024): Der neue sozial-ökologische Klassenkonflikt*, Frankfurt/M.: Campus Verlag
-

Suffizienz: Besser als ihr Ruf?

Analyse

Trotz zunehmendem Gegenwind zeigen Umfragen und die Empfehlungen von Bürger:innenräten eine breite Unterstützung der Bevölkerung für ambitionierte Klimapolitik, insbesondere in Bezug auf Suffizienz. Die Voraussetzung: Klimapolitik muss gerecht gemacht werden. Eine Analyse von Marion Davenas.



Das Land Berlin rief 2022 den Berliner Bürger:innenrat ins Leben. | Foto: Manoel Eisenbacher

17.02.2025

Von Marion Davenas

Übersetzt aus dem Französischen von Marion Davenas

Erleben wir einen Rückschritt in der Umweltpolitik? In Deutschland wie in Frankreich kursiert seit einigen Monaten die Idee eines „ökologischen Backlashs“. Klimafragen, die in beiden Ländern im Wahlkampf zunehmend an den Rand gedrängt werden, scheinen keine Priorität mehr zu haben. Der immer lauter werdende Diskurs, der Klimapolitik als ungerecht, freiheitsberaubend und somit abschreckend darstellt, scheint jenen politischen Entscheidungsträger:innen Recht zu geben, die Klimapolitik als politisch riskantes Terrain betrachten [1].

Besonders umstritten sind Suffizienzmaßnahmen. Diese zielen darauf ab, den Ressourcenverbrauch durch Verhaltensänderungen zu reduzieren. In unseren Dialogformaten und Interviews mit kommunalen Vertreter:innen wird die negative Wahrnehmung solcher Maßnahmen häufig als Grund dafür benannt, warum Suffizienz in der aktuellen Klimapolitik bislang eine untergeordnete Rolle einnimmt. Doch die Bürger:innen sind bei weitem nicht so abgeneigt, wie oft angenommen wird – sondern ihren Regierungen vielleicht sogar voraus. Das zeigen zum Beispiel die Empfehlungen von Bürger:innenräten, die nach dem Zufallsprinzip ausgelost werden.

Strukturelle Suffizienzpolitik: eine klare Erwartungshaltung der Bürger:innen

Sowohl in Deutschland als auch in Frankreich setzen die Regierungen zunehmend auf Bürger:innenräte, um die Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen zu stärken – auch im Klimabereich. Die meisten dieser Initiativen finden auf lokaler Ebene statt, beispielsweise in Grenoble, Bonn oder jüngst in Bordeaux.

Auch das Land Berlin rief 2022 den Berliner Klimabürger:innenrat ins Leben, in dem 100 zufällig ausgeloste Bürger:innen zusammenkamen. Die Auswahl erfolgte nach Kriterien wie Alter, Geschlecht, Bildungsniveau, Wohnbezirk und Migrationserfahrung, um die Vielfalt der Berliner Bevölkerung möglichst gut abzubilden. In acht Sitzungen zwischen April und Juni 2022 ließen sich die Teilnehmenden durch Wissenschaftler:innen, Verwaltungsmitarbeitende, Wirtschaftsakteure und zivilgesellschaftliche Organisationen beraten. Am Ende verabschiedeten sie 47 konkrete Vorschläge in den Bereichen Mobilität, Bauen, Energie und Wärme, Ernährung sowie Grünflächen.

Fast zwei Drittel der vorgeschlagenen Maßnahmen sind dem Bereich der Suffizienz zuzuordnen, da sie auf die Erleichterung umweltfreundlichen Verhaltens und die Einschränkung verbrauchsintensiver Praktiken abzielen. So fordern die Berliner:innen unter anderem eine Senkung der Ticketpreise und eine Verbesserung des Angebots im öffentlichen Personennahverkehr, die Einführung einer City-Maut, autofreie Tage in Kombination mit kostenlosem Nahverkehr, die Förderung und Erleichterung der Reparatur von Alltagsgegenständen sowie die Unterstützung flächensparender Wohnformen wie Wohngemeinschaften oder Mehrgenerationswohnungen. Diese strukturellen Maßnahmen zielen über Appelle an die individuelle Eigenverantwortung hinaus auf eine Veränderung der Rahmenbedingungen ab – etwa durch eine andere Stadtplanung, veränderte Infrastrukturen, aber auch durch steuerliche Anreize, Subventionen oder gesetzliche Vorgaben.

Obwohl die politische Wirksamkeit von Bürger:innenräten teilweise in Frage gestellt wird, liefern sie eine zentrale Erkenntnis: Wenn Bürger:innen über die Herausforderungen informiert sind und sich gemeinsam beraten, sprechen sie sich klar für ambitionierte Suffizienzmaßnahmen aus. Eine 2023 von Jonas Lage und weiteren Forschenden durchgeführte Studie zeigt, dass die Empfehlungen nationaler Bürger:innenräte in elf europäischen Ländern fünfmal mehr Suffizienzmaßnahmen enthalten als die jeweiligen nationalen Klimapläne. Dieser Befund deckt sich mit repräsentativen Umfragen aus Deutschland und Frankreich. So ergab eine 2023 durchgeführte Befragung von 15 000 Personen in Deutschland, Frankreich und Polen, dass die am stärksten akzeptierten Suffizienzmaßnahmen öffentliche Investitionen in den Nahverkehr sind – aber auch Regulierungen wie das Verbot von Privatjets oder von Kurzstreckenflügen. Andere Maßnahmen wie eine Kraftstoffsteuer oder das Verbot von Verbrennungsmotoren stoßen auf weniger Zustimmung.

Die Herausforderungen einer gerechten Transformation

Laut Théodore Tallent, Forscher an der Sciences Po und der Universität Cambridge, wäre es ein Fehler, „die Ablehnung bestimmter Klimamaßnahmen als generelle Ablehnung der Klimapolitik zu verstehen“. Um die Ursachen der Unzufriedenheit mit der ökologischen Transformation nachvollziehen zu können, führte er Dutzende von Interviews in ländlichen und vorstädtischen Regionen Frankreichs. In einer Analyse für den französischen sozialdemokratischen Think Tank Fondation Jean Jaurès stellte er fest, dass die geäußerte Skepsis nur sehr selten die Notwendigkeit des Klimaschutzes an sich in Frage stellt [2], sondern vielmehr die Art und Weise der Umsetzung. Und die wird oft als ungerecht wahrgenommen. Er betont, dass Klimamaßnahmen in erster Linie diejenigen Akteure in die Pflicht nehmen müssen, die den größten CO₂-Fußabdruck haben, und dass sie nicht unverhältnismäßig stark einkommensschwache Haushalte belasten dürfen, deren Emissionen weit unter denen der wohlhabenderen Bevölkerungsschichten liegen.

Suffizienzpolitik neu denken: Vorschläge des Zukunftswerks

Tallents Empfehlungen decken sich mit den Ergebnissen der Arbeit des Deutsch-Französischen Zukunftswerks mit lokalen Akteur:innen aus beiden Ländern. Ergänzend zu den mit Expert:innen, Praktiker:innen und Kommunen entwickelten politischen Handlungsempfehlungen legen wir in einer neuen Veröffentlichung sechs Thesen für eine langfristige Suffizienzpolitik vor. Besonders betont wird die Notwendigkeit, das Bild von Suffizienz als rein individueller Verzichtleistung zu überwinden. Vielmehr muss

sie zum Gegenstand kohärenter und ambitionierter struktureller Maßnahmen werden, dank derer ressourcenschonende Praktiken nicht nur ein „Weniger“, sondern vor allem ein „Mehr“ an Lebensqualität und Gerechtigkeit darstellen. Das zeigt sich beispielsweise, wenn Investitionen in nachhaltige Mobilitätsinfrastrukturen den öffentlichen Nahverkehr oder das Fahrrad zur einfacheren, sichereren und kostengünstigeren Alternative gegenüber fossil betriebenen Verkehrsmitteln machen. Oder wenn flächensparende Wohnmodelle wie Mehrgenerationswohnen nicht nur soziale Isolation verringern, sondern auch neue Wohnmöglichkeiten für Studierende und junge Berufstätige eröffnen.

Anstatt zu einem Rückschritt in den umweltpolitischen Ambitionen zu führen, sollte die Skepsis gegenüber bestimmten Maßnahmen als Ansporn dienen, noch ehrgeiziger zu werden – indem soziale Gerechtigkeit stärker in die Umweltpolitik integriert wird. Das ist nicht nur ein ökologischer Imperativ, sondern auch eine demokratische Notwendigkeit, denn ein Gefühl der Ungerechtigkeit kann den Aufstieg rechtsextremer Parteien begünstigen.

[1] Im April 2024 erklärte der Abgeordnete der Renaissance-Partei (Macrons Partei) aus der Haute-Savoie in einem Interview mit *Le Monde*: „Es wird immer schwieriger, offen über Klimapolitik zu sprechen, selbst für die Grünen. Vielleicht liegt eine gewisse Form der Selbstzensur vor, eine Angst, dass diese Themen, die oft als zu beängstigend wahrgenommen werden, von rechtspopulistischen Strömungen instrumentalisiert werden.“

[2] Die in diesem Artikel zitierte Umfrage der Hertie School bestätigt, dass sich die Mehrheit der Bürger:innen in Frankreich, Deutschland und Polen für eine ambitioniertere Klimapolitik ausspricht, als sie derzeit von ihren Regierungen verfolgt wird.

Weiterführende Informationen

- [Publikation](#) des Zukunftswerks: „Wege zum Genug – Sechs Thesen zur Suffizienz aus dem deutsch-französischen Dialog“
- [Publikation](#) von Energy Cities über die Lehren aus lokalen Bürger:innenversammlungen zu Klima und Energie
- [Dokumentarfilm](#) von Yann Arthus-Bertrand „Les 150“, der den Werdegang von sechs Bürger:innen beleuchtet, die 2019-2020 am französischen Klima-Bürger:innenrat (*Convention Citoyenne pour le Climat*) teilgenommen haben

Finanzielle Beteiligung als Hebel der Energiewende

Windenergie in Bürger:innenhand

Was haben der französische Gemeindeverband Mauges Communauté und die deutschen Gemeinden Hoort und Dassow gemeinsam? Sie alle haben auf Bürgerwindparks gesetzt. Ihre Erfahrungen zeigen, wie der Ausbau erneuerbarer Energie zur lokalen Wertschöpfung beitragen kann und warum es dafür eine förderliche Gesetzgebung braucht. Robin Denz hat sich in beiden Ländern umgeschaut.



Windparks in den Händen der Bürger:innen – dafür setzt sich auch das Bündnis Bürgerenergie ein, mit dem das Zukunftswerk für seine Handlungsempfehlung im Austausch war. | Foto: Bündnis Bürgerenergie e.V., Jörg Farys

17.02.2025

Von Robin Denz

Übersetzt ins Französische von Robin Denz

Drei Wege zur Windenergie in Bürgerhand

#1 Hoort: Ein Win-Win-Modell für Projektierer und Kommune

Als 2012 Windeignungsgebiete in Mecklenburg-Vorpommern ausgewiesen wurden, erhielt die kleine Gemeinde Hoort zahlreiche Anfragen von Projektentwicklern. Ein Unternehmen stach jedoch heraus: Die Loscon GmbH sprach damals als einzige von Bürgerbeteiligung und bot an, 25 Prozent der Anteile der Projektgesellschaft den umliegenden Gemeinden und Anwohnenden zum Kauf anzubieten.

Dieses Modell überzeugte die engagierte Bürgermeisterin Iris Feldmann. Nach einem langwierigen Genehmigungsverfahren ging der Windpark 2020 in Betrieb. Vier der insgesamt 16 Windräder erwarb die ortsansässige Windpark Hoort 2 GmbH & Co. KG, deren Anteile fast zur Hälfte der Gemeinde Hoort gehören. Die restlichen Anteile halten Bürger:innen aus Hoort und umliegenden Gemeinden sowie der regionale Energieversorger.

Dank dieses Beteiligungsmodells ist der Haushalt der Gemeinde für die nächsten 20 Jahre abgesichert. Die Einnahmen fließen in Projekte wie die Renovierung des Gemeindezentrums oder den Bau einer neuen Kindertagesstätte.

#2 Mauges: Gemeinde und Bürger:innen Hand in Hand

Die Beispiele aus Hoort und Mauges verdeutlichen das Potenzial von Bürgerwindparks für lokale Wertschöpfung. Doch der Erfolg dieser Projekte hing maßgeblich von der Entschlossenheit einer Handvoll engagierter Menschen ab und der Fähigkeit lokaler Akteure, sich gegen externe Investoren durchzusetzen. Angelehnt an den Erfahrungen aus Hoort ist Mecklenburg-Vorpommern einen Schritt weiter gegangen und verabschiedete 2016 als erstes Bundesland ein Beteiligungsgesetz. Dieses Gesetz verpflichtet Anlagenbetreiber, mindestens 20 Prozent der Anteile am Windpark den umliegenden Kommunen und Anwohnenden in einem Radius von fünf Kilometern zum Kauf anzubieten oder ein alternatives Beteiligungsmodell anzubieten.

Ein Beispiel für die Wirksamkeit dieses Gesetzes ist der Windpark Schönberg: Beim Repowering im Jahr 2020, also dem Austausch der alten Windräder durch neuere und leistungsstärkere Modelle, boten die zwei Projektierer den umliegenden Gemeinden an, Anteile an der Projektgesellschaft zu erwerben. Die Gemeinde Dassow nutzte diese Gelegenheit und investierte 60 000 Euro. Aufgrund der hohen Preise während der Energiekrise konnte die Gemeinde innerhalb von nur drei Jahren 63 000 Euro zurückgewinnen.

Die Erträge fließen heute in Projekte wie Photovoltaikanlagen auf Schuldächern, LED-Straßenbeleuchtung, E-Ladesäulen sowie den Umbau des Sportplatzes und den Bau eines neuen Vereinshauses.

#3 Dassow: Erfolgreiches Beteiligungsgesetz zahlt sich aus

Die Beispiele aus Hoort und Mauges verdeutlichen das Potenzial von Bürgerwindparks für lokale Wertschöpfung. Doch der Erfolg dieser Projekte hing maßgeblich von der Entschlossenheit einer Handvoll engagierter Menschen ab und der Fähigkeit lokaler Akteure, sich gegen externe Investoren durchzusetzen. Angelehnt an den Erfahrungen aus Hoort ist Mecklenburg-Vorpommern einen Schritt weiter gegangen und verabschiedete 2016 als erstes Bundesland ein Beteiligungsgesetz. Dieses Gesetz verpflichtet Anlagenbetreiber, mindestens 20 Prozent der Anteile am Windpark den umliegenden Kommunen und Anwohnenden in einem Radius von fünf Kilometern zum Kauf anzubieten oder ein alternatives Beteiligungsmodell anzubieten.

Ein Beispiel für die Wirksamkeit dieses Gesetzes ist der Windpark Schönberg: Beim Repowering im Jahr 2020, also dem Austausch der alten Windräder durch neuere und leistungsstärkere Modelle, boten die zwei Projektierer den umliegenden Gemeinden an, Anteile an der Projektgesellschaft zu erwerben. Die Gemeinde Dassow nutzte diese Gelegenheit und investierte 60 000 Euro. Aufgrund der hohen Preise während der Energiekrise konnte die Gemeinde innerhalb von nur drei Jahren 63 000 Euro zurückgewinnen.

Die Erträge fließen heute in Projekte wie Photovoltaikanlagen auf Schuldächern, LED-Straßenbeleuchtung, E-Ladesäulen sowie den Umbau des Sportplatzes und den Bau eines neuen Vereinshauses.

Bundesländer als Vorreiter

Mittlerweile sind mehrere Bundesländer dem Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns gefolgt und haben ähnliche Gesetze verabschiedet oder auf den Weg gebracht. So folgte 2019 Brandenburg mit dem Windenergieanlagenabgabengesetz, das eine jährliche Pauschalabgabe von 10 000 Euro pro Windrad an Kommunen im Umkreis von drei Kilometern vorsieht. Durch eine Gesetzesnovellierung wird dies auf eine leistungsabhängige Zahlung von 5 000 Euro pro installiertem Megawatt umgestellt – was bei einem modernen Windrad rund 30 000 Euro pro Jahr entspricht. Mehr Details zu den Länderbeteiligungsgesetzen finden Sie in unserem Factsheet.

Frankreich: Zeit für einen ambitionierten Rechtsrahmen

In Frankreich hängt die Umsetzung eines vergleichbaren Rechtsrahmens noch in der Schwebe. Zwar sieht Artikel 93 des Gesetzes zur Beschleunigung der Erzeugung erneuerbarer Energien (Loi APER, 2023) vor, dass bestimmte Betreiber von Photovoltaik- und Windkraftanlagen zu einer Abgabe verpflichtet werden, und ein Teil der Einnahmen an die Gemeinden zurückfließen soll. Die konkreten Anwendungsmodalitäten sollen

gemäß Artikel 93 in einer Durchführungsverordnung festgelegt werden, die bislang jedoch noch nicht veröffentlicht wurde.

Der aktuelle Entwurf der Durchführungsverordnung sieht eine Einmalzahlung in Höhe von 17 500 Euro pro installiertem Megawatt vor. Das entspricht etwa 100 000 Euro pro Windrad – deutlich weniger als die jährlichen Zahlungen in deutschen Bundesländern.

Um Beteiligung und Teilhabe an der Energiewende nicht unnötig auszubremsen, sollte die Durchführungsverordnung zügig verabschiedet und ambitionierter gestaltet werden. Eine Orientierung an den Erfahrungen und Erfolgen der Länderbeteiligungsgesetze in Deutschland, wie es das Zukunftswerk empfiehlt, könnte Frankreich dabei wertvolle Impulse geben.

Wie sieht eine gerechte Energiewende aus Sicht der Bürger:innen aus?

Observatoire de la Transition juste 2024

Wie erleben Bürgerinnen und Bürger in Europa Energiewende und Klimawandel? Ein Expert:innen-Netzwerk hat dies in einer Umfrage mit über 10 000 Teilnehmenden aus elf Ländern ermittelt. Marie-Cécile Milliat wirft einen Blick auf die Ergebnisse.



Bürger:innen in Deutschland und Frankreich sind zunehmend von Energiearmut betroffen. Sie fordern Fortschritte bei der Umsetzung der Energiewende. | Foto: Lamiot, CC BY-SA 4.0, via Wikimedia Commons

17.02.2025

Von Marie-Cécile Milliat

Aus dem Französischen übersetzt von Annette Kulzer

Vermögen umverteilen, besser informieren, vulnerable Gruppen stärken – das erwarten Bürger:innen von der Politik, wenn sie eine gerechte Energiewende verspricht. Das in Paris ansässige

Marktforschungsunternehmen Ipsos und die französische Großbank BNP Paribas haben mehr als 10 000 Personen in elf europäischen Ländern befragt, wie sie die Energiewende und den Klimawandel erleben. Aus

den Ergebnissen der Umfrage ergeben sich drei Fragestellungen, mit denen sich auch das Zukunftswerk in seiner Arbeit zur kommunalen Energie- und Wärmewende beschäftigt hat:

1. Wie stärken wir Wohnsuffizienz als Hebel für die Energiewende?
2. Wie kommen wir vom individuellen, sparsamen Handeln zur Suffizienz als politischem Instrument?
3. Wie schützen wir Bedürftige vor Energiearmut?

Aber woher kommt die Idee einer gerechten Energiewende? Das Konzept des „gerechten Wandels“ wird im politischen Diskurs über die Dekarbonisierung sowohl in Deutschland als auch in Frankreich immer häufiger verwendet. Der Begriff tauchte erstmals in den 1970er-Jahren in gewerkschaftlichen und akademischen Kreisen jenseits des Atlantiks auf und zog dann immer größere Kreise. Im Jahr 2015 wurde er in die Präambel des Pariser Abkommens aufgenommen, das in diesem Jahr sein zehnjähriges Bestehen feiert. In weniger als einer Generation sind die weitreichenden sozialen Auswirkungen der Strategien und Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels daher zu einer zentralen Dimension der zu leistenden Arbeit geworden. Die Europäische Union setzte 2019 ein Zeichen, indem sie mit dem *European Green Deal* ein ambitioniertes Programm startete und diesen zum zentralen Schwerpunkt der neuen Europäischen Kommission unter der Leitung von Ursula von der Leyen machte. Anfang 2025 scheint die Situation jedoch weniger günstig zu sein. Das bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Mitgliedstaaten, und somit auch auf Deutschland und Frankreich.

Seit 2022 vergleicht die Initiative *Observatoire de la Transition juste* die Analysen mehrerer Akteure: einer Universität (Università Bocconi), eines Think Tanks (Terra Nova), eines Meinungsforschungsinstituts (Ipsos) und einer Bank (BNP Paribas). Die Tatsache, dass einige Ergebnisse erst Ende 2024 vorgestellt wurden, hat den Vorteil, dass sie genauer zeigen, was im Alltag passiert und wo die Kämpfe sprichwörtlich ausgetragen werden.

Energieverbrauch in den deutschen und französischen vier Wänden

Ein Beispiel aus der Arbeit des Zukunftswerks: Das Projekt hat den Wohnungssektor als einen der Bereiche identifiziert, die durch gezielte Maßnahmen, insbesondere im Bereich der Energieeffizienz, unterstützt werden sollten. Allerdings nimmt die Bereitschaft der deutschen und französischen Bevölkerung, ihre Wohnräume besser zu dämmen oder ihre Heizungsart zu wechseln, immer weiter ab. Langsam macht sich eine Art Müdigkeit breit. Von Berlin bis Paris sind die Meinungen zurückhaltend, wenn es darum geht, das individuelle Verhalten grundlegend zu ändern. Sie fordern Fortschritte bei der Umsetzung der Energiewende, insbesondere seitens der industriellen Akteure. Die Entwicklungen geben Anlass zur Sorge, fordern doch sogar Skeptiker:innen mit Blick auf zunehmende Naturkatastrophen wie den verheerenden Waldbränden in Kalifornien eine Beschleunigung der Energiewende. Andere Kommentatoren heben hervor, dass die Kontrolle des Energieverbrauchs für die Bürger:innen in Deutschland und Frankreich weiterhin von großer Bedeutung ist. Trotz der wiederholten Polemik populistischer Parteien in der EU in den vergangenen Monaten bleibt dieses Anliegen bei über 50 Prozent der Bevölkerung fest verankert.

Soziale Ungleichheiten in der Energiewende

In Deutschland und Frankreich werden die Befürchtungen laut, dass die Energiewende soziale Ungleichheiten verschärfen und die Gesellschaften spalten könnte. Was also tun? Auf beiden Seiten des Rheins werden unterschiedliche Hebel vorgeschlagen. Deutschland ist Frankreich beispielsweise weit voraus (43 Prozent gegenüber 35 Prozent), wenn es darum geht, eine Umverteilung des Reichtums vorantreiben zu wollen, bei der Wohlhabende stärker zur Kasse gebeten werden. Umgekehrt sind die französischen Bürger:innen viel eher der Meinung (31 Prozent gegenüber 19 Prozent), dass die Maßnahmen zur Energiewende auch die Gruppe vulnerabler Personen berücksichtigen sollten. Diese Länderspezifität zeigt sich beispielsweise im sozialen Wohnungsbau Frankreichs, der europaweit als ein Vorzeigemodell gilt, um bezahlbaren Wohnraum und energieeffizienten Wohnkomfort für die bedürftigsten Haushalte zu ermöglichen.

Kein Akteur kann eine gerechte Energiewende allein bewältigen. Das gesamte wirtschaftliche und soziale Gefüge muss mobilisiert werden. Über die Bereitstellung bezahlbarer und zunehmend kohlenstofffreier Energie hinaus müssen alle öffentlichen und privaten Akteure zusammenarbeiten, damit keine Personengruppe auf der Strecke bleibt.

Dafür hat sich das Deutsch-Französische Zukunftswerk in seinem Arbeitszyklus zur Energiewende immer wieder eingesetzt. Aus der mehrmonatigen Arbeit sind insgesamt neun politische Handlungsempfehlungen hervorgegangen, die die Bedarfe und Hebel kommunaler Akteure für eine beschleunigte und sozial-verträgliche Energiewende formulieren.

Lektüreempfehlungen (Auf Französisch und Englisch)

- [L'Observatoire de la Transition juste : Résultats européens grand public & PME](#), vague 2 (mai 2024)
- Arabadjieva, K., Barrio, A. (2024) : [Rethinking social protection in the green transition: Implementing the Council Recommendation on fair transition](#), Policy Brief 2024.10, ETUI

„Wir wollen Karten sehen!“

Hannover | Interview mit Prof. Dr. Christina von Haaren

Wie viel erneuerbare Energie kann Deutschland produzieren? Prof. Dr. Christina von Haaren beriet dazu das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz und entwickelte ein Tool, mit dem Bürger:innen den Bau von Solaranlagen und Windrädern in ihrer Nachbarschaft simulieren können. Das verhilft nicht nur zu mehr Akzeptanz, sondern kann auch politisch extremen Tendenzen den Wind aus den Segeln nehmen. Im Gespräch mit Robin Denz erklärt sie warum.



Prof. Dr. Christina von Haaren entwickelte ein Tool, mit dem Bürger:innen die Planung ihrer Energieinfrastruktur simulieren können. | Foto: LUH/Julian Martitz

17.02.2025

Interview geführt von Robin Denz

Übersetzung ins Französische von Marie Millot-Courtois und Robin Denz

Frau von Haaren, wenn Sie eine Energieinfrastruktur wären, welche wäre das und warum?

Ich wäre eine Freiflächen-Photovoltaikanlage [lacht]! Eine naturverträgliche! Damit unter mir und neben mir etwas wächst, vielfältige Biotope entstehen und ich gleichzeitig Teil dieses Habitats wäre. In meinem Gestänge würden sich zum Beispiel Kleinvogelarten tummeln, die sonst Nischen- oder Heckenbrüter wären.

Spannend! Aber nun zu Ihrer fachlichen Expertise: Sie haben vor einigen Jahren das Bundesumweltministerium (BMU) zu Energieszenarien beraten. Worum ging es dabei konkret?

Wir, das heißt, wir von dem Forschungsprojekt EE100 der Universität Hannover, haben im Auftrag des BMU ein Modell entwickelt, um zu berechnen, wie viel erneuerbare Energie in Deutschland potenziell produziert werden kann – und zwar ohne den Naturschutz und die menschlichen Bedürfnisse zu beeinträchtigen. Anders ausgedrückt lautete die Frage also: Wie viel Strom kann unter Berücksichtigung aller Ausschlussflächen erzeugt werden?

Dazu haben wir die potenziellen Ausbauf Flächen nach ihrem Legitimitätsgrad klassifiziert: Zwischen „geeignet“ und „nicht geeignet“ haben wir zusätzlich eine unsichere Kategorie eingeführt. Das Ergebnis war, dass wir insgesamt relativ sicher 1,5 Prozent der Fläche Deutschlands für den Ausbau der Windenergie an Land nutzen können und mit teilweise hohen Unsicherheiten vielleicht sogar 3,7 Prozent.

Die Bundesregierung hat dann 2022 gesagt, „okay, mit zwei Prozent der Fläche dürften wir im sicheren Bereich liegen“ – dem würde ich auch zustimmen. Daraufhin wurde schließlich im Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG, 2023) verankert, dass bis 2032 zwei Prozent der Fläche Deutschlands für die Windenergie ausgewiesen werden müssen.

„Die Potenzialflächen für erneuerbare Energie sind sehr unterschiedlich verteilt.“

Für die Bundesländer bedeutet das, je nach Windpotenzial und Bevölkerungsdichte, ein verbindliches Flächenziel zwischen 0,5 und 2,2 Prozent. Im Jahr 2024 wurden 14 GW Wind genehmigt, ein Rekordjahr! Auch für Frankreich ist das durchaus ein Modell mit Inspirationspotenzial. Dennoch stehen Sie diesen Flächenzielen auch kritisch gegenüber. Warum?

In unserer Analyse waren die Potenzialflächen je nach Bundesland sehr unterschiedlich verteilt. Sachsen-Anhalt zum Beispiel könnte relativ sicher sieben Prozent seiner Fläche mit Windrädern bebauen. In Nordrhein-Westfalen war das Potenzial aufgrund der Siedlungsstruktur mit 0,5 bis 1,2 Prozent deutlich geringer. Aus politischen Gründen wurde nun aber für alle Bundesländer – mit Ausnahme von Berlin, Bremen und Hamburg – ein Wert festgelegt, der in etwa um diese 2 Prozent herum liegt: für Sachsen-Anhalt nur 2,2 Prozent, für NRW wiederum nur schwer erreichbare 1,8 Prozent.

Gleichzeitig wurde für Freiflächen-Photovoltaik (FF-PV) kein entsprechendes Ziel festgelegt. Konkret bedeutet das: Während der Ausbau der Windenergie auf regionaler Ebene geplant wird, beginnen immer mehr Kommunen eigenständig mit dem Ausbau von FF-PV-Anlagen. Das geschieht weitgehend unkoordiniert und es werden im Zweifelsfall mehr Flächen bebaut als eigentlich notwendig.

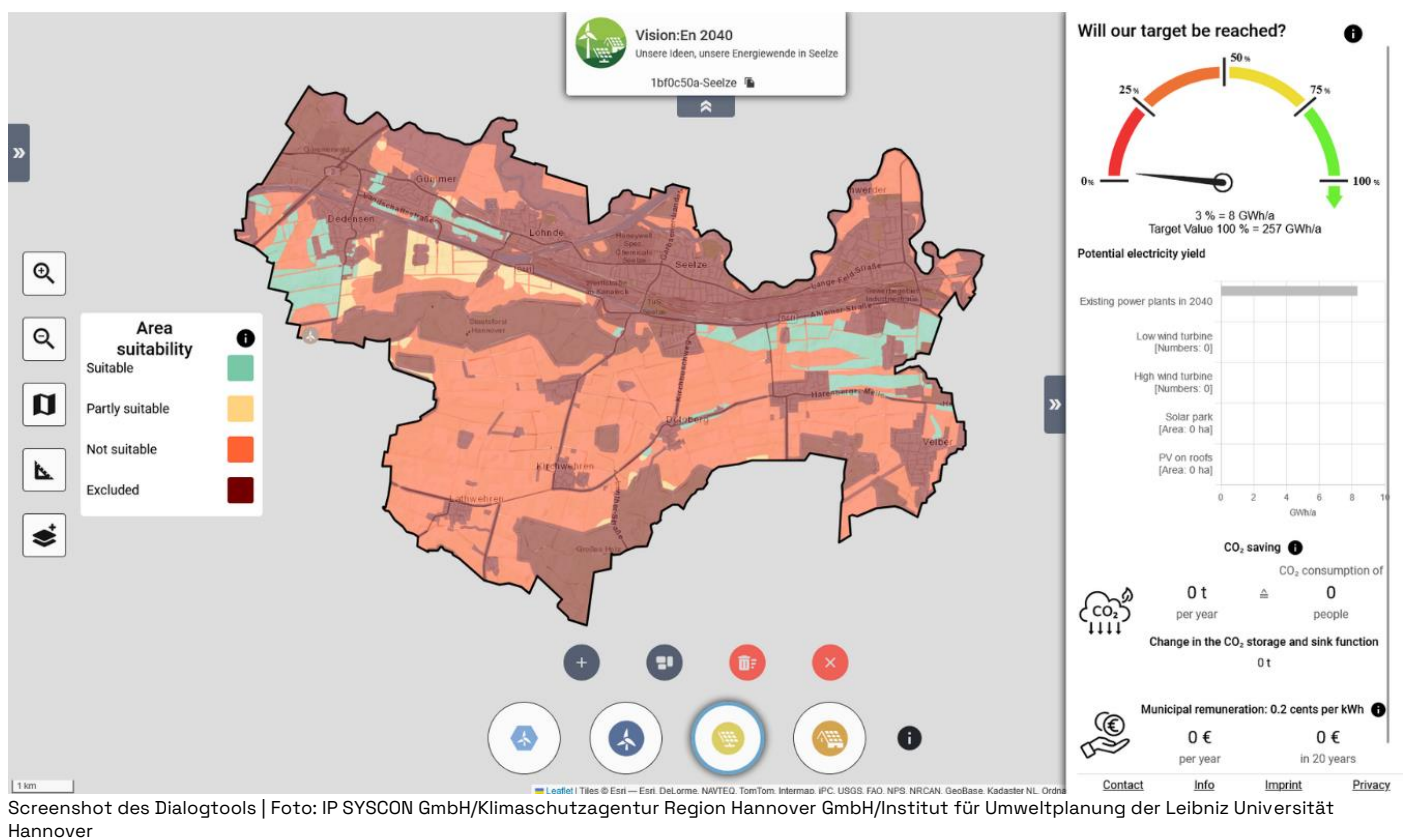
„Ein Energieziel wird von den Bürger:innen besser verstanden und akzeptiert als ein abstraktes Flächenziel.“

Statt Flächenziele wären Energieziele sinnvoller gewesen – also pro Bundesland so und so viele Gigawatt bis 2032. Das hätte mehr Spielraum gelassen, um zu sagen: „Aha, wir haben dieses Energieziel und das können

wir mit diesem und jenem Energiemix erreichen“. Auch der Spielraum für Bürger:innenbeteiligung wäre größer gewesen. In unseren Studien vor Ort haben wir festgestellt, dass ein solches Energieziel von den Bürger:innen besser verstanden und akzeptiert wird als ein abstraktes Flächenziel. Mit dem WindBG wird zwar endlich Tempo gemacht, gleichzeitig werden damit aber de facto sämtliche Beteiligungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene außer Kraft gesetzt. Es gibt derzeit kaum Mitsprachemöglichkeiten wohin oder wieviel Wind implementiert werden muss. Das erscheint mir akzeptanz- und sogar demokratiegefährdend. Im schlimmsten Fall ist das ein Nährboden für die AfD. Wir befinden uns alle auf einem Transformationspfad mit vielen Unsicherheiten. Ich denke, wir brauchen hier eine Nachsteuerung.

Nun sind diese Windflächenziele da. Die Umsetzung wird das Landschaftsbild stark verändern. Das gilt auch für Freiflächen-PV. Wie kann man die Menschen trotzdem ins Boot holen? Das Dialogtool *Vision:En 2040* setzt genau hier an, wir haben es getestet. Können Sie kurz zusammenfassen, wofür das Tool gut ist?

Grundsätzlich dient das Tool dazu, die lokale Ebene – im Rahmen dessen, was sie legitim entscheiden und verantworten kann – miteinzubeziehen. Gemeinden können es nutzen, um ihre Bürger:innen bei der Flächenauswahl zu beteiligen. Das schafft Transparenz und Akzeptanz für den gesamten Planungsprozess und kann Konflikte von vornherein vermeiden. Das Tool zeigt einen Zielwert für den Energieertrag der Gemeinde an. Auf interaktiven Karten können über Touchscreens von Interessierten Windräder, Frei- und Dachflächen-PV platziert werden. Angezeigt wird, welche Flächen dafür besonders geeignet (grün), bedingt bzw. nicht geeignet (gelb und orange) oder ausgeschlossen (rot) sind. Und ob damit der Zielwert erreicht wird.



Das Instrument dient auch– das ist uns aber erst im Nachhinein klar geworden – dazu, politisch extremen Tendenzen vor Ort den Wind aus den Segeln zu nehmen. Zum Beispiel, indem man verhindert, dass sich die AfD den Naturschutz inklusive Landschaftsbild auf die Fahne schreiben kann, weil das Gefühl vorherrscht, alle anderen Parteien würden dieses Thema links liegen lassen.

Ein Schritt zurück: Was ist die Entstehungsgeschichte dieses Tools, wie ist es dazu gekommen?

Die Idee geht mindestens auf das Jahr 2010 zurück, als wir im Rahmen eines Forschungsprojekts für Niedersachsen ein Energieszenarien-Brettspiel für Studierende entwickelt haben. Schon damals ging es darum, Anlagen zu platzieren und die Energieerzeugung zu berechnen – allerdings noch manuell.

Einige Jahre später haben wir ein ähnliches Spiel in einem Beteiligungsverfahren eingesetzt. Es ging um die Renaturierung eines Flusses, ein Projekt, gegen das die AfD extrem Stimmung gemacht hat. Wir haben dann die Leute selbst planen lassen, was mit dem Fluss passieren soll und warum. Und zum Erstaunen des Stadtrats hat sich herausgestellt, dass sich auch die AfD-nahen Teilnehmenden konstruktiv beteiligt haben. Diese Erfahrung hat mich erneut motiviert zu sagen: „Dieses Tool brauchen wir auch für die Energiewende!“

„Die Menschen wollen oft nicht abstrakt über Konzepte reden. Sie wollen wissen, wie es hinterher konkret aussehen soll.“

Eine zentrale Erkenntnis, die ich in Beteiligungsverfahren immer wieder mache: Die Menschen wollen oft nicht abstrakt über Konzepte reden, sondern sagen: „Wir wollen Karten sehen!“ Das heißt, sie wollen eigentlich wirklich mitplanen und wissen, wie es hinterher konkret aussehen soll.

Das Tool soll eine bessere Beteiligung bei der Flächenauswahl ermöglichen. Wie ist das Veranstaltungsformat aufgebaut?

Das Veranstaltungsformat basiert auf Bürger:innenversammlungen, die in der Regel von den Gemeinden selbst organisiert und beworben werden. Vor Ort sind neben den Bürger:innen oft auch Vertreter:innen der Gemeindeverwaltung oder des Gemeinderats anwesend. Die Bürgermeister:innen sind immer dabei. Die Teilnehmenden werden nach dem Zufallsprinzip in Fünfergruppen eingeteilt, um eine möglichst vielfältige Diskussion zu ermöglichen. In diesen Gruppen wird über die Flächenauswahl diskutiert, Unterschiede werden herausgearbeitet und die Ergebnisse schließlich an die Kommunalpolitik übergeben. In vielen Fällen hat das bereits dazu geführt, dass Gemeinden ihre Flächennutzungs- oder Bebauungspläne angepasst haben.

Im politischen Diskurs wird oft behauptet, dass die Menschen Windparks vor ihrer Haustür ablehnen. Unsere Erfahrung zeigt aber, dass sie nicht grundsätzlich dagegen sind – im Gegenteil, sie wählen die Standorte oft sehr pragmatisch und konstruktiv aus. Das sind Beispiele, die mir wirklich große Hoffnung in die Demokratiefähigkeit der Menschen geben. Man muss eigentlich gar keine große Angst vor den Bürger:innen haben.

Gab es bei diesen Veranstaltungen ein besonderes Aha-Erlebnis, das Sie gerne mit uns teilen möchten?

Ja! Bürger:innen haben ganz viel lokales Wissen, das merken wir immer wieder. Und das brauchen wir auch, denn unsere Datenlage ist bei vielen Flächen unsicher. Oft korrigieren die Menschen vor Ort unsere Karten.

„Bürger:innen haben lokales Wissen, das wir brauchen.“

Sie wissen zum Beispiel sehr genau, welche Gebäude in der Landschaft stehen. In einem Fall war es eine einfache Feldscheune. Das konnten wir aus unseren Geodaten nicht herauslesen. Deshalb hatten wir, wie bei jedem anderen Gebäude auch, einen Lärmschutzabstand gezogen. Nachdem aber klar war, dass diese Feldscheune rechtlich gar keinen Lärmschutz braucht, kamen die Flächen in unmittelbarer Nähe natürlich auch für Windräder in Frage.

Welche Zukunft wünschen Sie sich für das Tool?

Ich war kürzlich in Taiwan und Japan unterwegs. Dort ist das Tool auf großes Interesse gestoßen! Das ist nicht verwunderlich, dort gibt es natürlich ähnliche Probleme wie bei uns. Aber ich würde mir wenigstens wünschen, dass Gemeinden in ganz Deutschland freien Zugang dazu haben und auch die Regionalplanung damit arbeiten kann. Und warum nicht auch in Frankreich!

Vielleicht auch, dass es uns gelingt, die intensive wissenschaftliche Betreuung dieser Veranstaltungen teilweise durch einen wissenschaftlich kuratierten KI-Chatbot zu ersetzen, der die Fragen der Menschen

vor Ort beantworten kann. Das hängt bisher noch sehr stark vom Fachwissen der Mitarbeitenden an den Universitäten ab.

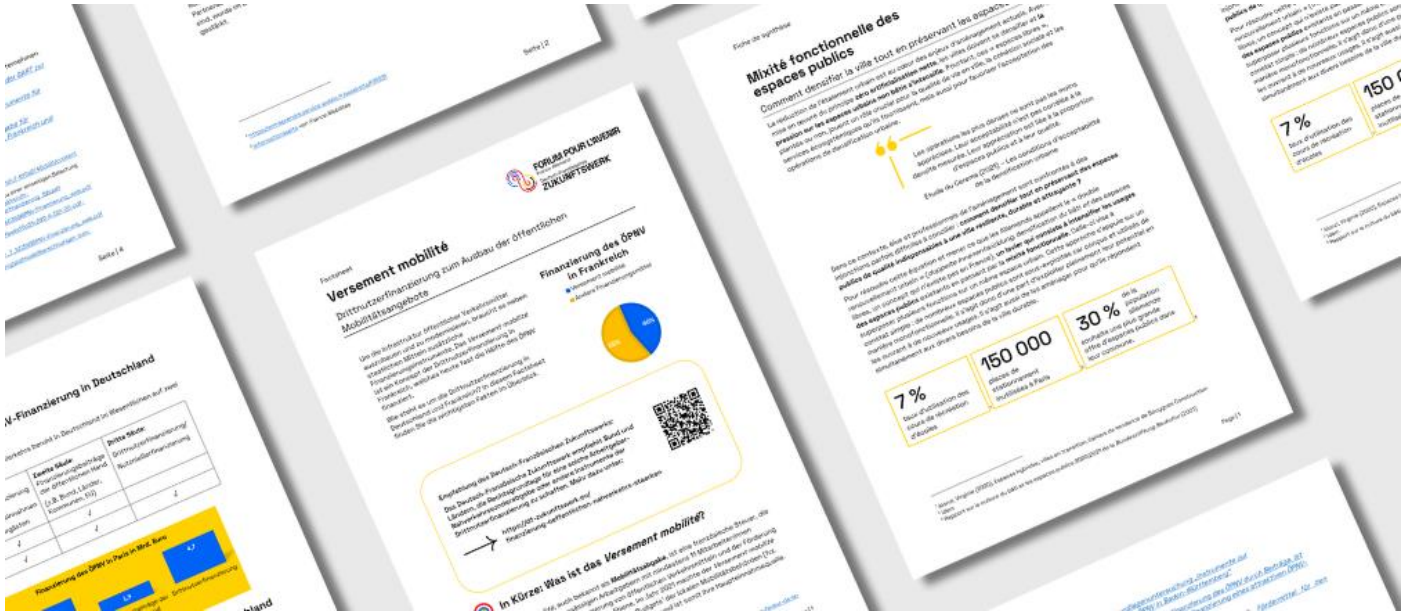
Vielen Dank für das Gespräch!

Über Christina von Haaren

Christina von Haaren (*1954 in Bad Bederkesa) ist eine deutsche Landschaftsplanerin und Ökologin. Nach ihrem Diplom (1978) und ihrer Promotion (1986) an der Universität Hannover wurde sie 1998 Professorin für Landschaftsplanung und Naturschutz ebendort. Ihre Forschung umfasst Naturschutzmanagement in der Landwirtschaft, Klimaanpassung und Ökosystemleistungen. Sie war u.a. Mitglied im Sachverständigenrat für Umweltfragen und ist aktuell im wissenschaftlichen Beirat für Bodenschutz und weiteren Gremien aktiv. Von 2019 bis 2024 war sie Vizepräsidentin der Universität Hannover.



Aktuelle Publikationen des Zukunftswerks



— **Diskussionspapier:** Davenas, M., & Spinrath, T. E. (2025). *Wege zum Genug: Sechs Thesen zur Suffizienz aus dem deutsch-französischen Dialog*. RIFS Discussion Paper, Februar 2025.

— **Diskussionspapier:** Spinrath, T. E., Davenas, M. (2025). *Wohnsuffizienz: das vergessene Potenzial der Energiewende? Thesen aus dem deutsch-französischen Dialog*. RIFS Discussion Paper, Februar 2025.



Veranstaltungen des Zukunftswerks und seiner Partner:innen



Kommende Veranstaltungen:

— 26.02.2025 | [Klimaneutrale Wärme produzieren](#) | Online

Wie können deutsche Kommunen privates Kapital für die Wärmewende mobilisieren? Wir werfen einen Blick auf französische Lösungsansätze.

— 18.03.2025 | [Ressourcen sparen durch kommunales Zeitmanagement](#) | Online

In unserer Transformationsküche stellen wir Ihnen das Bureau des temps in Rennes vor. Es optimiert die städtischen Rhythmen, um den Verkehr flüssiger zu gestalten, die Nutzung öffentlicher Gebäude zu maximieren und Ressourcen sparsamer zu verwenden.

– **19.03.2025 | Dekarbonisierung der Wärmeversorgung | Online - Partnerveranstaltung**

Die Konferenz des Deutsch-Französischen Büros für die Energiewende (DFBEW) beschäftigt sich mit zentralen und dezentralen Lösungen zur Umsetzung der Wärmewende.

– **26.03.2025 | Energetische Sanierung für bezahlbaren Wohnraum | Brüssel**

Lors d'une conférence interactive à Bruxelles, nous explorerons comment les innovations locales et les politiques européennes peuvent se renforcer mutuellement pour faciliter l'accès au logement abordable grâce à la rénovation énergétique.

– **27 & 28.03.2025 | Genug. Symposium zu Suffizienzpolitik und -modellierung | Berlin**

Wir halten auf dem Symposium der Nachwuchsforschungsgruppe „Die Rolle von Energiesuffizienz in Energiewende und Gesellschaft“ (EnSu) einen Vortrag zur Frage, was eine Politik der Energiesuffizienz in der Umsetzung braucht.

– **01.04.2025 | Klimaschutz zwischen kleinen Entscheidungen und großer Transformation | Paris**

Ein Diskussionsabend am Goethe-Institut Paris: Wie müssen sich gesellschaftliche Verhältnisse ändern, damit sich ressourcenschonende Lebensstile durchsetzen können?

Vergangene Veranstaltungen:

– 10.12.2024 | [Energy Sharing](#) | Online

– 29.01.2025 | [Sozialer Wohnungsbau & Sanierung in Frankreich](#) | Online

– 19.02.2025 | [Suffizienz in der deutschen Energiepolitik](#) | Berlin

[Sie finden alle Artikel auf unserer Website!](#)

Deutsch-Französisches Zukunftswerk

Sekretariat Berlin
Research Institute for Sustainability (RIFS) au Helmholtz
Centre Potsdam
Joachimsthaler Straße 10
10719 Berlin
Allemagne
<https://forumpourlavenir.eu>
info@df-zukunftswerk.eu

Forum pour l'avenir Franco-Allemand

Sekretariat Paris
France Stratégie
20 avenue de Ségur
75007 Paris
France
forumpourlavenir@strategie.gouv.fr



Umgesetzt von



GEFÖRDERT VOM

